



Mitteilungsvorlage

0177/2022

Dezernat Arbeit und Soziales

Beratungsfolge:

1. Jugendhilfeausschuss 29.11.2022 Kenntnisaufnahme Ö

Reinhard Friedel 17.11.2022

gez. Dezernent/in / Datum

Jugendbeteiligung auf Landkreisebene

Darstellung des Vorgangs:

Der Landkreis Ravensburg ist einer von 35 Landkreisen in Baden-Württemberg. Er ist der zweitgrößte Flächenlandkreis Baden-Württembergs und umfasst 39 Städte und Gemeinden. Kinder- und Jugendbeteiligung ist vor allem auf der kommunalen Ebene in vielen der Städte und Gemeinden im Landkreis Ravensburg etabliert oder im Aufbau. Grundlage der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf dieser Ebene ergeben sich vorwiegend aus § 41a der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Diese besagt, dass Kinder bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, beteiligt werden sollen und Jugendliche beteiligt werden müssen. Auf der Ebene des Landkreises und damit der Kreispolitik besteht keine rechtliche Grundlage zur Beteiligung von Jugendlichen.

Ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag im März 2021 zielte darauf ab, dass eine Jugendbeteiligungsform auf Landkreisebene angelehnt an den § 41a GemO geschaffen werden soll. Mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses im Juni 2021 wurde die Verwaltung zu einer konzeptionellen Ausarbeitung einer Beteiligungsform auf Landkreisebene in Kooperation mit dem Kreisjugendring Ravensburg e.V. beauftragt. Dabei sollte ein Format gewählt werden, welches nicht einer parlamentarischen Beteiligung im Kreistag selbst darstellt. Neben einer mangelnden rechtlichen Legitimation hierfür, spricht insbesondere eine mehrjährige

Verpflichtung für ein derartiges Amt und die mangelnde Repräsentativität insbesondere aufgrund der Größe unseres Landkreises gegen eine parlamentarische Beteiligungsform. Auch die bislang durch den Kreisjugendring Ravensburg e.V. durchgeführten Jugendkonferenzen sollten hierbei nicht als alleiniges Format der Jugendbeteiligung auf Landkreisebene herangezogen werden. Vielmehr sollte ein umfassendes Konzept zur Beteiligung von Jugendlichen auf Landkreisebene ausgearbeitet werden, in welchem möglichst alle Jugendlichen im Landkreis erreicht werden sollen.

Im Anschluss an den Jugendhilfeausschuss im Juni 2021 stiegen der Kreisjugendring Ravensburg e.V. und die Landkreisverwaltung gemeinsam in einen weiteren Ausarbeitungsprozess ein. Dabei wurde sich zunächst über verschiedene Formate von Jugendbeteiligung insgesamt und auf Landkreisebene informiert. Es zeigte sich, dass es in Baden-Württemberg noch kein Best Practice Beispiel für Jugendbeteiligung auf Landkreisebene gibt, auf dessen Erfahrungswerte zurückgegriffen werden könnte.

Es konnte allerdings erarbeitet werden, dass ein Gesamtkonzept zur Jugendbeteiligung auf Landkreisebene bereits bestehende Beteiligungsformate als Teil der Gesamtkonzeption berücksichtigen sollte. So sollten unter anderem die (parlamentarischen) Beteiligungsformen auf Gemeinde- bzw. Stadtebene und das Jugendforum „Heroes for democracy“ des Förderprogramms „Demokratie leben!“ in eine Gesamtkonzeption mit einfließen. Darüber hinaus sollte ein Format, unter Einbezug der bisher gesammelten Erfahrungen, erstellt werden, bei welchem ein Austausch zwischen Jugendlichen, der Kommunalpolitik und der Kreisverwaltung ermöglicht werden soll. Ein mögliches Beteiligungsformat sollte entsprechend unter Beteiligung von Jugendlichen selbst erarbeitet werden.

Die genannten Überlegungen wurden im Jugendhilfeausschuss am 18.11.2022 eingebracht und seitens des Ausschusses zur Kenntnis genommen. Im selben Jugendhilfeausschuss wurde aufgrund der (anstehenden) personellen Veränderungen innerhalb des Kreisjugendring Ravensburg e.V. darauf verwiesen, dass sich eine weitere Ausarbeitung der Jugendbeteiligung auf Landkreisebene wegen Einarbeitungsphasen neuer Mitarbeitender verzögern wird.

In 2022 erstellten der Kreisjugendring Ravensburg e.V. und die Landkreisverwaltung auf operativer Ebene einen ersten Entwurf für die Einbeziehung Jugendlicher in den Prozess der Konzepterarbeitung der Jugendbeteiligung auf Landkreisebene. Darüber hinaus wurden weitere Formatideen innerhalb der Landkreisverwaltung unter Einbezug des Kreisjugendring Ravensburg e.V. thematisiert. Auch einzelne Jugendliche aus Jugendgemeinderäten wurden zu den Ideen befragt. In einer weiteren Abstimmung konnte ein Format festgelegt werden, welches nun weiter konkretisiert werden soll.

Das noch zu konkretisierende Format sieht vor, dass ein Austausch zwischen Jugendlichen, Politik und Verwaltung gefördert werden soll. Hierbei sollen nicht nur Regionalpolitiker/innen auf Landkreisebene, sondern auch Landtags- und Bundestagspolitiker/innen mit einbezogen werden. In den bisher durchgeführten Jugendkonferenzen zeichnete sich ab, dass Jugendliche nicht zwischen den unterschiedlichen politischen Ebenen mit ihren Anliegen unterscheiden. Um Jugendliche unabhängig ihres Geschlechts, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, ihrer sexuellen Ausrichtung, einer möglichen Beeinträchtigung oder ihrer religiösen oder politischen Ansichten zu erreichen, soll dieser Austausch im Setting Schule stattfinden. Aus Sicht der Verwaltung sowie dem Kreisjugendring kann es darüber gelingen, sehr viele Jugendliche

zu erreichen und zu beteiligen. Erste Überlegungen waren dahingehend, dass 3 - 4 Veranstaltungen an entsprechend unterschiedlichen Schulstandorten innerhalb eines Jahres im Landkreis durchgeführt werden. Innerhalb dieses Austausches soll die Möglichkeit für Jugendliche bestehen, aktuelle, sie beschäftigende politische Themen anzusprechen. Darüber hinaus soll in diesem Format geklärt werden, ob sich Jugendliche eine Beteiligung auf Landkreisebene wünschen und wie diese ausgestaltet werden müsste. Insbesondere erachtet es die Landkreisverwaltung sowie der Kreisjugendring als wichtig, dass es sich hierbei dann nicht um eine „Alibibeteiligung“ handelt, sondern dass das Konzept eine möglichst echte Beteiligung erlaubt und die Jugendlichen spüren, dass ihre Anliegen ernstgenommen werden. Das Konzept soll nun im nächsten Schritt weiter ausgearbeitet und nächstes Jahr konkretisiert und final in den Jugendhilfeausschuss eingebracht werden.